

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüchengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterstüchengrün, Wildenthal usw.

Anzeigenpreis: die kleinstmögliche Zeile 20 Wk. Im Restameteil die Zeile 10 Wk. Im amtlichen Teile die gespartene Zeile 50 Wk. Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr, für größere Tage vorher. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen.

Druckpreis vierteljährlich Wk. 8.— einschließlich des „Amts- und Anzeigebblattes“ in der Geschäftsstelle, bei unregelmäßigen sowie bei allen Reichs- und Provinzialverordnungen. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

Verantwortl. Schriftleiter, Drucker und Bezleger: **Emil Hannemann** in Eibenstock.

Fernsprecher Nr. 110.

Nr. 56.

Sonnabend, den 8. März

1919.

In das Güterrechtsregister ist heute eingetragen worden, daß die **Rückgabe und Verwaltung des Fleischer Albin Paul Lang in Eibenstock** am eingebrachten Gut seiner Ehefrau **Marie Helene Lang geb. Jech in Rötha** durch Ehevertrag vom 12. Februar 1919 ausgeschlossen worden ist.

Eibenstock, den 6. März 1919.

Das Amtsgericht.

Verkauf von Pferdefleisch

Sonnabend, den 8. März 1919 im Geschäft Neumarkt 1. Der Verkauf findet weiter auf Marke C 3 des Ausweisheftes statt. Soweit der Vorrat reicht, werden die Inhaber der noch nicht belieferten Heste Nr. 1—1100 berücksichtigt. Die weiteren Nummern kommen das nächste Mal an die Reihe.

Eibenstock, den 7. März 1919.

Der Stadtrat.

Ausgabe der Milcharten

Sonnabend, den 8. dts. Mts., vor- und nachmittags. Ueberführungsmilcharten werden Montag, den 10. dts. Mts., ausgegeben.

Eibenstock, den 6. März 1919.

Der Stadtrat.

Erst Brot, dann Sozialisierung.

Der Kurs der deutschen Reichsmark ist, wie mehrfach schon betont wurde, so niedrig, daß unsere Banknoten für den Ankauf der benötigten Lebensmittel aus dem Auslande kaum in Betracht kommen können. Das Geld selbst bedürfen wir zudem für die Bezahlung der Kriegsschadigungen an die Gegner, so daß bereits die Enteignung der in deutschen Händen befindlichen fremden Wertpapiere zur Bezahlung der Nahrungsmittel-Einfuhr verfügt worden ist. Die Besitzer werden voraussichtlich denjenigen Kurs erhalten, den uns die liefernden Staaten bezahlen, nicht aber den in Börsen-Spekulationsgeschäften notierten Wert. Unser Hauptzahlungsmittel, wenn wir genügend zu essen haben wollen, bleiben daher deutsche Bodenprodukte und Industrie-Fabrikate.

Als erstes und bestbezahltes deutsches Exportprodukt kommt die Kohle in Betracht. Diese Tatsache bleibt bestehen, auch wenn wir heute selbst an Kohlen Mangel leiden und in dem Bergwerksbezirk, im Ruhrgebiet, im Weisensfeld-Bezirke, in Sachsen und in Oberschlesien noch immer große Schwärzigkeiten herrschen. Die Gebiete an der Saar und bei Aachen sind vom Gegner besetzt, und wir wissen nicht, wann uns über die dortige Kohlenförderung wieder das Verfügungsrecht zuteil werden wird. Diese Verhältnisse beweisen aber nichts gegen die Notwendigkeit, aus dem Verkauf von Kohlen an das Ausland uns Geld zur Bezahlung der einzuführenden Lebensmittel zu beschaffen. Wenn nicht genug Kohlen für diesen Zweck da sind, so muß die erforderliche Menge durch Verdoppelung und Verdreifachung der Arbeit aufgebracht werden. Hier hilft kein Mundspitzen, es muß gepflügt sein.

Das ist die trodene Sachlage. Und bei anderen Ausfuhrartikeln, wie Kali (Düngestoffen) und Erzen, sieht es nicht anders. Auch nicht bei den industriellen Fabrikaten, die wir zum Export bereit stellen können, wie optische und chemische Erzeugnisse. Ohne die anstrengendste Arbeit kommt nichts und wieder nichts, haben wir nichts zu verkaufen, so können wir auch nichts kaufen. Die fremden Devisen-Deputationen, die Deutschland bereisten, haben sich wohl für die Lebensmittellieferung an uns ausgesprochen, und ihre unparteiische Beurteilung verdient alle Anerkennung, aber davon, daß wir etwas umsonst haben sollen, haben sie nichts gesagt.

Ebenso kurzschichtig, wie die wiederholten Streiks in den Kohlengruben sind auch die von den Bergleuten aufgestellten Forderungen auf sofortige Sozialisierung, wenigstens auf Sozialisierung in dem Sinne, wie sie viele Bergleute erkennen. Diese wollen nicht eine Verstaatlichung der Gruben zum allgemeinen Nutzen, wie es bei der Eisenbahn der Fall gewesen ist, sondern eine Verwaltung der Bergwerke zum Besten der Arbeiter, die dort beschäftigt sind, und ihres Einkommens. Damit würde aber der Kohlenexport von einem Preise abhängig gemacht, den wir schwerlich erhalten werden, und die Verwendung der Kohle als Zahlungsmittel für Brot-

mehl würde also vereitelt. Die Arbeiter würden die Taschen voll Papiergeld erhalten, aber nichts zu essen haben, und eines Tages würde auch die Förderung aufhören müssen, weil der Absatz stökt. Dann wäre Schluß!

Selbst bei diesen trüben Ausichten ist noch die Voraussetzung, daß die Entente die Sozialisierung des deutschen Bergbaues gestatten würde, was sehr zweifelhaft ist, solange sie nicht ihre Ansprüche auf Zahlung der Kriegsschadigung erfüllt sieht. Und ob nur alles, was von uns finanziell verlangt wird, so schnell erfüllen können, ist recht fraglich. Den deutschen Bergarbeitern ist darum vor allem zu wünschen, daß es ihnen nicht befehlen sein mög, für den Feind, zu Löhnen, die von diesem festgesetzt sind, zur Abkürzung unserer Kriegsverpflichtungen an Geld zu arbeiten, wie jetzt die deutschen Kriegsgefangenen gezwungen werden, in Frankreich für den Aufbau der von Franzosen und Engländern zusammengegriffenen dortigen Städte zu sorgen. Daß der Feind keine Rücksicht und keine Ritterlichkeit kennt, sehen wir aus dem Geschick unserer gequälten Landsleute.

Jedenfalls haben unsere Bergleute allen Anlaß, dafür zu sorgen, daß wir und sie Brot bekommen, denn die Sozialisierung hat erst dann Wert, wenn sie mit praktischem Nutzen verwertet werden kann. Noch haben wir mit dem Auslande keinerlei feste Abmachungen über die Lebensmittellieferungen getroffen, wir sind darin Amerika und Genossen auf Gnade und Ungnade anheimgegeben. Wir wollen auch nicht die Probe darauf gemacht haben, ob Hunger mächtiger ist als Politik. Wm.

Verhandlungen über die Lebensmittellieferung Deutschlands in Spa.

Berlin, 5. März. Am 4. März begannen in Spa die Verhandlungen über die Lebensmittellieferung Deutschlands. Sie sind verbunden mit den Verhandlungen über die Zurverfügungstellung der deutschen Flotte und die Finanzierung der Lebensmittellieferung. Geleitet werden sie deutscherseits von Unterstaatssekretär von Braun, englischerseits von Admiral Hope. Im Laufe der Plenarsitzung überreichten die alliierten Regierungen zwei Memoranden, worin die Bedingungen über eine teilweise Lebensmittellieferung Deutschlands und die Ablieferung der deutschen Handelsflotte im einzelnen festgesetzt sind.

Admiral Hope erklärte, seine Zeit sei demessen. Bis übermorgen müßten die Verhandlungen beendet sein. Im übrigen möchte er klar zu verstehen geben, daß man nicht erlauben werde, irgend welche Nahrungsmittel nach Deutschland gelangen zu lassen, bis ein bedeutender Fortschritt in der Uebergabe der deutschen Handelsflotte gemacht sei. Es müßte daher sofort eine Verzögerung der deutschen Regierung erfolgen, daß sie das Nötige für das Auslaufen der Flotte tun und daß sie die gesamte

Städtischer Fleischverkauf.

Sonnabend, den 8. dts. Mts., verkaufen die Fleischer der Gruppe I. Rospmenge 250 g. Urlauber erhalten Fleisch bei Reichenbach.

Verkaufsordnung:

A—G	in der Zeit von	8—10	Uhr vorm.
H—M	" " " "	10—12	" "
N—Q	u. T—Z	" " "	12—2 " nachm.
R u. S	" " " "	2—4	" "

Eibenstock, den 7. März 1919.

Der Stadtrat.

Rückgabe der Fleischmarktentafchen

Sonnabend, den 8. dts. Mts. Eibenstock, den 6. März 1919. Der Stadtrat.

Am Mittwoch, den 12. März 1919 vormittags kommt in der Stadtkasse die Kriegsfamilienunterstützung zur Auszahlung. Eibenstock, am 6. März 1919. Der Stadtrat.

Handelsflotte unter die Kontrolle der Alliierten stellen werde.

Aus den Verhandlungen geht klar hervor, daß die Alliierten entgegen den deutschen Wünschen nicht die Absicht haben, über die gesamte Versorgung Deutschlands bis zur nächsten Ernte zu verhandeln, sondern die kleine, bereits zugesprochene Teillieferung von 270 000 Tonnen machen wollen. Darüber hinaus wollen sie Deutschland nur noch eine ziemlich verkaufte Teillieferung von 100 000 Tonnen aus Argentinien ermöglichen.

Admiral Hope erklärte, daß im Vertrage nichts von der Höhe der Lebensmittellieferung stehe. Es sei keine Rede davon, Deutschland oder irgend sonst jemand bis zur nächsten Ernte zu versorgen. Die Entente beschäftigte sich zwar mit dem Problem der späteren Versorgung Deutschlands, sie sei aber nicht vorbereitet und nicht gewillt, jetzt schon über Mengen und Bedingungen der gesamten Versorgung Deutschlands zu verhandeln. Der englische Delegierte, Keynes fügte dem hinzu, daß zwischen Deutschland und der Entente noch Kriegszustand bestehe. Die Entente habe beschlossen, nicht über mehr zu verhandeln, als über die Menge von 270 000 Tonnen und auch diese Menge könne Deutschland nur auf dem Wege der Ablieferung der Schiffe erhalten. Wenn die Schiffe abgeliefert seien, werde dieser prinzipielle Standpunkt die Vertreter der Entente nicht hindern, in technische Besprechungen über weitere Lieferungen an Deutschland einzutreten.

Für die Ablieferung der Flotte werden die alten schwereren Bedingungen gestellt.

Der deutsche Delegierte erklärte, daß die Auslieferung der Flotte nach dem Vertrage nur erfolgen solle, um die Lebensmittellieferung Deutschlands sicherzustellen. Ein Abschluß über die Gesamtversorgung Deutschlands wäre dazu die nötige Vorbedingung. Herr v. Braun begründete in längeren Ausführungen die Rechtmäßigkeit des deutschen Standpunktes nach dem Wortlaut des Vertrages und den Äußerungen des Marschalls Foch und machte auf die politischen Gefahren für die Verbreitung des Bolschewismus in Europa aufmerksam, die aus der ablehnenden Haltung der alliierten Regierungen folgen müßten. Deutschland habe das größte Interesse daran, die Verhandlungen zu beschleunigen und sei fest entschlossen, mit der Auslieferung der Schiffe sofort zu beginnen. Die deutsche Regierung könne aber die Verantwortung nicht übernehmen, die Flotte herzugeben, ohne die Lebensmittellieferung für die hungernde deutsche Bevölkerung ordnet zu haben.

Admiral Hope erklärte zum Schluß der Verhandlungen, er könne nicht einwilligen, die Einzelfragen in Unterkommissionen zu behandeln, bevor er nicht schlüssige Antworten auf die Frage wegen der Auslieferung der gesamten deutschen Flotte erhalten habe. Daraus hin wurden die Verhandlungen auf den 5. März vormittag vertagt.